

dbb Hessen-Pressemitteilung 3/ 2020 · Frankfurt, 16.01.2020

## **Doppelmeldung des dbb: Busspur für Fahrgemeinschaft// Schutzwesten für Steuerfahnder**

### **Fahrspur für Fahrgemeinschaften: Regelung in der Praxis nicht anwendbar**

Als Gesetzesvorhaben vom grünen Tisch bezeichnet der dbb Landesvorsitzende Heini Schmitt in Teilen die Novelle der Straßenverkehrsordnung (StVO). Konkret die Nutzung von Busspuren für Fahrgemeinschaften mit mehr als drei Personen sieht Schmitt kritisch, weil nicht kontrollierbar. „Wo sind die Heerscharen von Bediensteten in den Ordnungsämtern, die an den Busspuren stehen und Insassen in den Pkw zählen sollen?“, fragt Schmitt. In vielen Ordnungsämtern mangelt es schon heute an Personal.

Außerdem: „Schon jetzt werden Busspuren häufig missbräuchlich benutzt. Wir können uns jetzt schon ausmalen, dass der Handel mit Pappkameraden für die Rückbank schwunghaft ansteigen wird“, vermutet Schmitt.

Auch das Thema weniger Parkverbote für Car-Sharing-Fahrzeuge sieht Schmitt in der Praxis scheitern. „Dies bedeutet einen enormen zusätzlichen Verwaltungsaufwand durch Genehmigungsverfahren und Plakettenzuteilung. Vom anschließenden Kontrollaufwand ganz zu schweigen.“

„Gesetze, die so kleinteilige und komplizierte Regelungen beinhalten und immer individuellere Gruppen besonders behandeln, sind in der Praxis nicht anwendbar“, sagt Schmitt. Sie werden von vielen Bürgern zwar verstanden, aber nicht beachtet und es fehlt vorne und hinten das Personal, die Einhaltung zu kontrollieren und bei Verstößen zu sanktionieren. „Man muss wirklich den Kopf schütteln über das, was aus dem Bundesverkehrsministerium an Ideen kommt.“

++++

### **Schutzwesten für Steuerfahnder: Weiterer Schritt in Richtung Ohnmachtserklärung**

Im Gegensatz dazu stößt die Entscheidung des Finanzministeriums, Steuerfahnder künftig mit Schutzwesten besser bei der Ausübung ihrer Tätigkeit schützen zu wollen, auf grundsätzliche Zustimmung des dbb Hessen. „Aus Sicht der Mitarbeiter ist das zu begrüßen“, sagt Landesvorsitzender Heini Schmitt, „auch wenn dies natürlich ein weiterer Schritt in Richtung Ohnmachtserklärung ist.“

Die Notwendigkeit der Ausstattung von Bediensteten mit Body-Cams, um Eskalationen bei der Begegnung mit den Bürgern im Zaum zu halten, ist eine solche und die Ausstattung der Außendienst-Kollegen in der Finanzverwaltung ist eine weitere. „Eine völlig verrückte gesellschaftliche Entwicklung wird mehr und mehr zum Normalzustand“, sagt Schmitt.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen  
Pressesprecher, [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de), Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Hessen e.V.  
Europa-Allee 103 (Praedium)  
60486 Frankfurt am Main  
Tel. 069 281780  
[mail@dbbhessen.de](mailto:mail@dbbhessen.de)  
[www.dbbhessen.de](http://www.dbbhessen.de)  
VR AG Frankfurt 4291  
Vorsitzender  
Heini Schmitt